

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

[Schneider-Institute.de](http://www.Schneider-Institute.de) · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Generaldirektor

RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16
48143 MÜNSTER
Telefax (02 51) 3 99 71 62
Telefon (02 51) 3 99 71 61
von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

11. September 2022 – No. 28255

BLACKOUT und HYPER-INFLATION können noch abgewendet werden ...

- 1.) **DEUTSCHLAND muß sofort seine Unterstützung der Ukraine beenden und sich in dem russisch-ukrainischen Konflikt neutral verhalten.**
- 2.) **DEUTSCHLAND muß sofort alle Sanktionen gegen Rußland beenden.**
- 3.) **DEUTSCHLAND muß als Wiedergutmachung unverzüglich Waffen, Munition und Hilfsgüter in gleicher Qualität und Quantität an Rußland liefern wie zuvor an die Ukraine.**
- 4.) **DEUTSCHLAND muß alle „Ukraine-Flüchtlinge“ unverzüglich internieren, ausweisen und abschieben.**
- 5.) **DEUTSCHLAND muß die deutsch-russische Gasleitung „Nord Stream 2“ für Lieferungen aus Rußland unverzüglich öffnen.**

Wie geht das?

Zu 1.) Optimal und wünschenswert wäre eine völlige Neutralität Deutschlands, wie sie früher von der Schweiz, Österreich, Schweden und Finnland gepflegt wurde. Dazu gehört selbstverständlich der „harte“ (das heißt außerordentliche und fristlose) Austritt aus der EU, der NATO und der UNO, außerdem die „harte“ Beendigung anderer vertraglicher Verpflichtungen, welche die völlige Souveränität und Neutralität Deutschlands beschränken (zum Beispiel die idiotischen „Klima-Ziele“).

Zu 2.) Die deutschen und europa-unionistischen (EU) Sanktionen gegen Rußland und seine Bürger sind ganz offenkundig völkerrechtswidrig, das bedarf keiner Diskussion.

Zu 3.) Wer ein kriegführendes Land unterstützt, wird selber Partei dieses Krieges und ein legitimes Angriffsziel für Feinde. Deutschland kann von Glück sagen, daß Rußland seine „besondere militärische Operation“ in der Ukraine nicht als Krieg versteht, und auch von Dritten nicht als Krieg verstanden wissen will. Anders verhält es sich mit der ukrainischen Seite und deren Unterstützern in der Europäischen Union und in der besonders völkerrechtsverbrecherischen NATO, deren Mitglieder völlig hemmungslos Kriegswaffen und Munition, andere Kriegsgüter, logistische, militärische und politische Unterstützung aller Art an den Fernseh-Komiker in Kiew liefern und so sich selber zu Feinden Rußlands gemacht haben. Es ist deshalb nur gerecht und billig, wenn Deutschland als Wiedergutmachung unverzüglich Waffen, Munition und Hilfsgüter in gleicher Qualität und Quantität an Rußland liefert wie zuvor an die Ukraine.

Zu 4.) Wer aus der Ukraine „geflohen“ ist, und gegenwärtig in Deutschland auf Kosten der Steuerzahler lebt (geschätzt sind das mindestens 400.000 Ukrainer), muß sich einige Fragen gefallen lassen: Warum kämpft er oder sie nicht mit der Waffe in der Hand oder ersatzweise an der Heimatfront gegen den Feind, vor dem er oder sie feige geflohen ist? — Die Ukraine ist ein riesiges Land, und zwar das größte (!) Flächenland auf dem europäischen Kontinent. Das heißt vor allem, daß es dort auch Binnenflucht-Möglichkeiten gibt, weil in riesigen Gebieten der Ukraine der russisch-ukrainische Konflikt (RUK) überhaupt nicht ausgetragen wird, und auch nicht ausgetragen werden soll. Auf gut deutsch: In riesigen Teilen der Ukraine herrscht tiefer Frieden! Hinzu kommt, daß Deutschland auf dem Landweg für „Flüchtlinge“ nur über sichere Drittstaaten erreichbar ist. Wer aber über ein Nachbarland der Ukraine nach Deutschland eingereist ist, kann kein „Flüchtling“ sein, weil er aus einem sicheren Drittstaat nach Deutschland gekommen ist. Auch wer auf dem „Touristen-Ticket“ (mit oder ohne Visum) nach Deutschland geritten kam, ist leicht als illegaler Einwanderer zu identifizieren, wenn er sich nicht schon vor dem 24. Februar 2022 (Beginn des RUK) in Deutschland aufgehalten hat. Es dürfte deshalb auch im Sinne des Fernseh-Komikers in Kiew sein, seine unsicheren Kantonisten aus Deutschland entweder nach Kiew abzuschieben oder sie – auf Rechnung der Ukraine für Kost und Logis – in Deutschland zu internieren.

Zu 5.) Deutschland braucht natürlich nicht nur russisches Erdgas, sondern alle Rohstoffe, die vor dem Beginn des RUK vertraglich aus Rußland nach Deutschland geliefert wurden. Im Gegenzug ist Rußland ein wichtiger Abnehmer für deutsche Handelsgüter, und im Gegensatz zu dem Fernseh-Komiker in Kiew bezahlen die Russen auch, was ihnen aus Deutschland geliefert wird. Fraglos hat mittlerweile auch der allerdümmste Deutsche erkannt, daß die Politik des Scholz-Regimes mit seinen zwei Spezialisten für Kinderbücher (Bundes-Wirtschaftsminister Habeck) und für „Völkerball“ (Bundesministerin Baerball) gescheitert ist: Die Preise für Benzin, Brot, Lebensmittel aller Art, Gas, Strom (usw.) sind explodiert und steigen munter weiter! — Aus der Inflation wird die Hyper-Inflation genau wie 1923, als Friedrich Ebert (SPD) Reichspräsident und Gustav Stresemann (DVU) Reichskanzler waren. Auch der Euro wird, gemessen an seiner Kaufkraft, immer wertloser! Bald werden die ersten Euro-Scheine mit roten Aufdrucken „Tausend“, „Hunderttausend“, „Millionen“, „Milliarden“ und „Billionen“ versehen, aber die Regale der Supermärkte werden leer sein, weil kein vernünftiger Händler seine Waren gegen wertloses Inflationsgeld verkauft. Erst wenn dann eine Währungsreform wie 1923 den Umtausch von „1 Billion Euro“ zu 1 Rentenmark* ermöglicht, wird es in Deutschland auch wieder aufwärts gehen! —

*) Die Rentenmark war „kein gesetzliches Zahlungsmittel, sondern eine Inhaberschuldverschreibung der Rentenbank“. Der Wechselkurs zur Papiermark wurde mit 1:1 Billion festgesetzt, und zwar genau am 20. November 1923 per Festlegung durch die Reichsbank, als der Devisenkurs 4,2 Billionen Papiermark = 1 US-Dollar war, was der Vorkriegs-Goldmarkparität zum Golddollar entsprach. Da die Rentenmark kein gesetzliches Zahlungsmittel war, bestand kein rechtlicher Zwang, sie als Zahlungsmittel anzunehmen (wohl aber mußten alle öffentlichen Kassen sie annehmen). Trotzdem wurde sie von der Bevölkerung sofort akzeptiert. Die Inflation stoppte deshalb schlagartig, und man sprach vom „Wunder der Rentenmark“.

ANHANG

URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28205.pdf>

1

Multinationales Friedens-Abkommen zwischen Rußland, seinen westlichen Nachbarn und den NATO-Staaten

Von René Schneider, Münster/Westf.

- 1.) Die Ukraine wird entlang der natürlichen Grenze am Dnjepr-Fluß geteilt:
 - a.) Das am rechten oder westlichen Flußufer gelegene Gebiet bildet den souveränen Staat NOVA-UKRAINA.
 - b.) Das am linken oder östlichen Flußufer gelegene Gebiet wird als NOVA-RUSSIA in die Russische Föderation – Rußland – aufgenommen.
 - c.) Der Dnjepr-Fluß und alle von ihm gespeisten Stauseen zwischen Weißrußland und dem Schwarzen Meer gehören weder zu NOVA-UKRAINA noch zu NOVA-RUSSIA, das Gewässer bildet vielmehr eine neutrale und internationale Dnjepr-Wasserfläche, die unter der Kontrolle einer internationalen Dnjepr-Gewässer-&-Schifffahrt-Verwaltung („International-Dnieper-Waters-And-Navigation-Administration“ – I.D.W.A.N.A. – IDWANA) steht, die aus einem Vertreter von Nova-Ukraina, einen Vertreter von Rußland und von jeweils einem Vertreter einer Schutzmacht besteht, die einerseits von Nova-Ukraina und andererseits von Rußland kooptiert werden. Das gesamte Personal der IDWANA, von der Spitze bis hinunter zum Zoll und der Wasserschutzpolizei arbeitet nur in Gruppen mit dieser Besetzung.
- 2.) Die NATO wird vollständig und restlos aufgelöst, damit von ihr nie wieder eine Bedrohung der internationalen Sicherheit und des Weltfriedens ausgehen kann.
- 3.) Den westlichen Nachbarländern Rußlands (namentlich ¹Norwegen, ²Finnland, ³Estland, ⁴Lettland, ⁵Litauen*, ⁶Polen*, ⁷Deutschland*/Ostpreußen, ⁸Weißrußland und ⁹NOVA-UKRAINA) wird erlaubt, untereinander ein neues Verteidigungsbündnis zu schließen, solange sie keinem anderen Militärbündnis angehören, nicht mehr als vier der neun Nachbarn sich untereinander verbünden, und auch das neue Nachbarbündnis keinem anderen Militärbündnis angehört.
- 4.) Der russischen Bevölkerung von NOVA-UKRAINA und der ukrainischen Bevölkerung von NOVA-RUSSIA wird (a.) dringend empfohlen, gegebenenfalls von dem einen Gebiet in das andere Gebiet umzuziehen, wobei ihnen finanzielle Ausreise- und Einreise-Anreize gewährt werden können, (b.) garantiert, daß ethnische Vertreibungen oder staatliche Zwangsumsiedlungen nicht stattfinden werden.
- 5.) Nach der Unterzeichnung dieses Abkommens, der Auflösung der NATO und der ukrainischen Verfassungsänderung wegen des neuen Staatsgebietes tritt ein Waffenstillstand zwischen Rußland und Nova-Ukraina sofort in Kraft, außerdem werden unverzüglich die Kriegsgefangenen ausgetauscht, die Verwaltungen in den Gebieten westlich und östlich des Dnjepr den Verhältnissen nach diesem Abkommen und der Verfassungsänderung angepaßt, und die IDWANA gegründet.

Stand: 23. Mai 2022 – No. 28205b

Volltext,

URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28205.pdf>

ANHANG

Nato-Ost-Erweiterung doch ein gebrochenes Versprechen

Wer sich ein wenig mit den Verhandlungen über die deutsche Einheit befasst hat, weiss, dass der künftige Umfang der Nato damals ein relevantes Thema war.

Die deutsche Wiedervereinigung war nämlich die erste Ost-Erweiterung der Nato. Und schon gegen diese Form der Expansion hatte die russische Seite massive Bedenken. *Michail Gorbatschow* etwa verlangte eigentlich ein blockfreies Deutschland. Am Ende einigte man sich in den «Zwei-plus-vier»-Verhandlungen auf einen Kompromiss: Deutschland blieb Nato-Mitglied, aber zumindest für eine gewisse Zeit sollten keine westlichen Soldaten in der ehemaligen DDR präsent sein.

Kein weiteres Vorrücken gegen Osten, war unter den westlichen Eliten damals breiter Konsens – unabhängig davon, ob eine solche Garantie klar ausgesprochen oder schriftlich fixiert wurde. Das belegt nun ein Vermerk aus dem britischen Nationalarchiv, das der amerikanische Politikwissenschaftler *Joshua Shiffrin* entdeckte. Es handelt von einem

Treffen der politischen Direktoren der Außenministerien der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und Deutschlands in Bonn am 6. März 1991.

Das Dokument belegt, dass Briten, Amerikaner, Deutsche und Franzosen darin übereinstimmten, dass eine Nato-Mitgliedschaft der Osteuropäer «inakzeptabel» sei. Der deutsche Vertreter *Jürgen Chrobog* erklärte dabei: «Wir haben in den Zwei-plus-vier-Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die Nato nicht über die Elbe hinaus ausdehnen. Wir können daher Polen und den anderen keine Nato-Mitgliedschaft anbieten.»

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Nato stark verändert: Es gibt eine neue Ausrichtung und viele neue Mitgliedsstaaten, von denen die meisten zuvor dem Warschauer Pakt angehörten. Russland sieht sich durch diese Veränderungen bedroht und behauptet, die Nato-Ost-Erweiterung würde Absprachen verletzen.

Werner Ritter, Schaffhausen

Leserbrief, Quelle/URL:
„Zeit-Fragen“ Nr. 6 vom 8. März 2022, Seite 3, <https://www.zeit-fragen.ch/>

Das Protokoll des im Leserbrief von Rechtsanwalt Werner Ritter erwähnten Treffens vom 6. März 1991 wurde von der *University of California, Los Angeles – UCLA Social Sciences Computing* – im Internet veröffentlicht,

URL: <http://www.sscnet.ucla.edu/polisci/faculty/trachtenberg/cv/19910307.pdf>

* * *